UID

LAURENZ MEYER ZUR AUSSETZUNG DES NPD-VERBOTSVERFAHRENS: BITTERE BLAMAGE SEITE 8

Nummer 2
24. Januar 2002
www.cdu.de

Fakten und Argumente

Th. Goppel, M. Spreng, E. Stoiber, A. Merkel, L. Meyer

ANGELA MERKEL UND EDMUND STOIBER:

Bundesgeschäftsstelle ist **Wahlkampfzentrale**

Der gemeinsame Wahlkampf der Union soll von der CDU-Bundesgeschäftsstelle aus organisiert werden. Dies kündigten die beiden Vorsitzenden von CDU und CSU, Angela Merkel und Edmund Stoiber, am 17. Januar in Berlin an.

Außerdem wird ein Team des Kanzlerkandidaten in das Konrad-Adenauer-Haus einziehen, um die persönlichen Auftritte des CSU-Vorsitzenden zu planen. Auf diese Weise werde es gelingen, „einen Wahlkampf aus einem Guss zu führen", sagte Angela Merkel. Zugleich machte die Parteivorsitzende deutlich, dass das „Stoiber-Team" in die Organisationsstrukturen und in die Entscheidungsfindungsprozesse der Bundesgeschäftsstelle einbezogen werde.

■ *Seite 3: Michael Spreng Leiter des Stoiber-Teams* ■ *Seite 4: Wir werden unsere Chancen nutzen. Mitarbeiterversammlung im KAH*

Angela Merkel:

Wir brauchen dringend Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung. Interview mit der Allgemeinen Frankfurter Sonntagszeitung. Seite 5

+++ Auf Erfolgskurs

Die Union im Spiegel von Presse, Meinungsforschern und Wirtschaftsexperten +++

Die Kanzlerkandidatur Edmund Stoibers begeistert Presse, Wirtschaft und Wähler gleichermaßen. „Schröder wird nervös, Union überholt Rot-Grün, Stoiber steht für Erfolg", lautet ihr übereinstimmender Tenor.

Die Demoskopen bestätigen dies mit deutlich nach oben zeigenden Umfragewerten für die Union – ein Glanzstart ins neue Jahr. Im Folgenden dokumentieren wir eine kleine Auswahl der wichtigsten Äußerungen:

1. Stoiber im Aufwind – Schröder im Sinkflug

„Die Chancen der Union auf einen Wahlsieg wachsen."
(Rheinische Post, 15.01.2002)

„Stoiber steht für Erfolg, Schröder für Pleiten, Pech und Pannen."
(Handelsblatt, 15.01.2002)

„Die CDU/CSU hat mit Stoiber wieder eine Chance, den Kanzler zu stellen."
(Bild, 14.01.2002)

„Stoiber hat ... als bayerischer Ministerpräsident viel mehr vorzuweisen als der selbst ernannte 'Kanzler der neuen Mitte'."
(Handelsblatt, 15.01.2002)

„Gerhard Schröders Stern sinkt, der Glanz des bayerischen Kanzlerkandidaten leuchtet heller – auch jenseits des so genannten Weißwurst-Äquators."
(Welt, 14.01.2002)

„Edmund Stoiber ist für die Bundesregierung der denkbar unbequemste Kandidat."
(Welt, 14.01.2002)

„Stoibers Stärke ist Schröders Schwäche."
(de Volkskrant, Den Haag, 14.01.2002)

„Schröder und die 'neue Mitte', das ist eine einzige Geschichte der gebrochenen Versprechungen."
(Handelsblatt, 15.01.2002)

„Stoiber hat eine reale Chance.", Peter Lösche, Politikwissenschaftler
(Handelsblatt, 14.01.2002)

2. Wirtschaftskompetenz: Grundlage für Wahlerfolg

„Stoiber hat in Bayern eine sehr erfolgreiche und nachahmenswerte Standort- und Beschäftigungspolitik gemacht." Hans-Werner Sinn, Chef des Ifo-Institus
(Berliner Zeitung, 15.01.2002)

„Stoiber kann Schröder wirtschaftspolitisch sicherlich das Wasser reichen", Klaus Zimmermann, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin,
(Berliner Zeitung, 15.01.2002)

„Stoiber kann darauf verweisen, dass er mit Bayern das wirtschaftlich erfolgreichste Bundesland in Deutschland regiert. Er hat bewiesen, dass er Investoren vor allem aus dem Bereich der neuen Technologien anzulocken versteht."
(La Vanguardia, Barcelona, 14.01.2002)

Für den Chefvolkswirt der HypoVereinsbank, Martin Hüfner, ist „Bayern wirtschaftspolitisch unumstritten die Nummer eins in Deutschland." Dies sei „im Wesentlichen das Verdienst einer klugen Wirtschaftspolitik".
(Berliner Zeitung, 15.01.2002)

Fritz Schösser, bayerischer DGB-Chef, lobt Stoibers Wirtschaftskompetenz: „Wir haben mit ihm durchaus einen kleinen gemeinsamen Nenner, wir haben gute Erfahrungen in Sachen Beschäftigungspakt gemacht."
(Deutschlandfunk, 15.01.2002)

Ebenfalls positiv reagieren die anderen Gewerkschaften: Stoiber habe sich bei drohenden Betriebsschließungen „auch als Pragmatiker" erwiesen, lobt die IG Bergbau, Chemie, Energie. Bayern habe „wenigstens ein funktionierendes Bündnis für Arbeit", bestätigt die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi.
(Süddeutsche Zeitung, 15.01.2002)

Das deutsche Handwerksgewerbe bevorzugt Stoiber als Kanzler, da er in ihren Augen die notwendigen Wirtschaftsreformen umsetzen wird: „Unter Stoiber ist das eher zu erreichen, als es unter Schröder möglich erscheint, wie die letzten Monate gezeigt haben.", sagte Hanns-Eberhard Schleyer, Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks. (dpa, 14.01.2002)

„Führende Ökonomen loben Stoibers Wirtschaftskompetenz."
(Berliner Zeitung, 15.01.2002)

3. Union jetzt in Führung

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundeswahl wäre?
Quelle: Infratest Dimap, Januar 2002

CDU/CSU:	**39 Prozent (+3)**
SPD:	38 Prozent (-2)

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundeswahl wäre?
Quelle: Emnid, Januar 2002

CDU/CSU:	**39 Prozent (+4)**
SPD:	38 Prozent (-2)

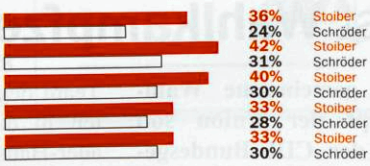
Politische Stimmung in Deutschland
Quelle: ZDF-Politbarometer, Januar 2002

CDU/CSU:	**42 Prozent (+4)**
SPD:	39 Prozent (-5)

Bevorzugte Regierungspartei in den neuen Bundesländern
Quelle: Institut für Marktforschung Leipzig
(in: Welt, 15.01.2002)

CDU/CSU:	**33 Prozent**
SPD:	28 Prozent

Kompetenzvorsprung für Stoiber (in Prozent)
Quelle: Emnid (in: Focus 3/2002)



IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 € Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Michael Spreng wird Leiter des **Stoiber-Teams**

Ziel der Einbeziehung des Stoiber-Teams in die Organisationstrukturen der Bundesgeschäftsstelle ist nach den Worten der Parteivorsitzenden eine „enge Verzahnung, um Doppelarbeit zu vermeiden".

Eine erste große gemeinsame Veranstaltung der CDU mit dem Kanzlerkandidaten wird am 31. Januar in Frankfurt am Main stattfinden.

Der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber erklärte, dass ein besonderes „politisches Führungsgremium" den Bundestagswahlkampf inhaltlich und organisatorisch vorbereiten werde. Angehören sollen diesem „politischen Hauptquartier" die beiden Parteivorsitzenden, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, sein Erster Stellvertreter, Michael Glos sowie die beiden Generalsekretäre Laurenz Meyer und Thomas Goppel; außerdem die CDU-Landesvorsitzenden Christian Wulff (Niedersachsen) und Jürgen Rüttgers (Nordrhein-Westfalen) sowie der frühere CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble und der für das Wahlprogramm der CSU zuständige CSU-Vize Horst Seehofer. Auch der Leiter des Stoiber-Teams wird diesem Gremium angehören.

„Wir haben ein hohes Maß an Zusammenarbeit und Gleichklang", betonte der Kanzlerkandidat. „Mit unseren Inhalten und unserem personellen Angebot haben wir eine echte Chance, den Wechsel herbeizuführen." Wenn „wir zusammenstehen und geschlossen in den Bundestagswahlkampf gehen, wird es sehr, sehr eng für Rot-Grün werden". Weiter erklärte der CSU-Vorsitzende, dass das Stoiber-Team keine politische Funktion ausüben, sondern als Arbeitseinheit mit maximal acht Personen für das persönliche Profil des Kanzlerkandidaten zuständig sein soll.

Medienberatung für Kampagnen und Präsentation der Wahlkampfthemen

Beratung des Kanzlerkandidaten, vor allem „in Fragen der Medienarbeit und Medienpräsenz" sind die Aufgaben des Leiters der Wahlkampf-Stabsstelle im Konrad-Adenauer-Haus, Michael Spreng, den Edmund Stoiber am 22. Januar in Berlin vorgestellt hat.

Die Stabsstelle, erklärte Stoiber, werde keine politische Funktion haben. Alle politischen Entscheidungen bleiben der politischen Führung vorbehalten. Bei Kampagnen und Präsentation der Wahlkampf-Themen will sich Stoiber jedoch der langjährigen Medienerfahrung des versierten Journalisten bedienen.

Michael Spreng zu seiner Nominierung: „Zum ersten Mal in meinem politischen Leben engagiere ich mich mit der Arbeit für Edmund Stoiber für einen Politiker. Der Grund: „Edmund Stoiber ist der kompetenteste – der richtige Mann für die Kanzlerschaft nach dem 22. September."

Edmund Stoiber versicherte, dass er sich „voll und ganz als Kanzlerkandidat der CDU und der CSU begreife". Überall sei die große Einsatzbereitschaft und Aufbruchstimmung der CDU mit Angela Merkel an der Spitze spürbar. Die Menschen im Land werteten die Form, in der die beiden Parteivorsitzenden die Kanzler-

MEDIENBERATER LEITET STOIBER-TEAM:

Eine spannende **Herausforderung**

Während der mehr als zehn Jahre, die Michael Spreng den bayerischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der CSU kennt, habe sich zu ihm, wie er auf einer Pressekonferenz am 22. Januar sagte, ein enges Vertrauensverhältnis entwickelt.

Er habe Edmund Stoiber vor allem als einen der „beratungsfähigsten und beratungswilligsten" Politiker kennen gelernt, die ihm im Laufe seines journalistischen Lebens begegnet sind. Stoiber sei „äußerst selbstkritisch" und jederzeit bereit, seine eigene Meinung zu diskutieren und hinterfragen zu lassen.

Stichwort „Kommunikation": Spreng sieht seine vorrangige Aufgabe als Leiter des Stoiber-Teams darin, die Medienpräsenz des Kanzlerkandidaten sicherzustellen und zu verhindern, dass von Stoiber und der Union Zerrbilder gezeichnet werden.

Foto: Laurence Chaperon

Auch wenn seine Rolle nicht die eines politischen Team-Leiters ist, werde er an den Sitzungen des politischen Hauptquartiers teilnehmen. Er freue sich jetzt schon: auf die „spannende Herausforderung".

Das Stoiber-Team, so hatte die Parteivorsitzende zu Beginn der mit großer Spannung erwarteten Pressekonferenz erklärt, werde in die Struktur des Konrad-Adenauer-Hauses eingebunden. Es soll dadurch sicher gestellt sein, dass CDU und CSU einen „gemeinsamen und schlagkräftigen, effizienten und eng verzahnten Wahlkampf" führen.

Mitarbeiterversammlung im Konrad-Adenauer-Haus

Vor der öffentlichen Bekanntgabe des Namens von Michael Spreng hatten Angela Merkel und Edmund Stoiber den Leiter des Stoiber-Teams auf einer Mitarbeiterversammlung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle vorgestellt.

Gemeinsamer Wille aller im Konrad-Adenauer- Haus: Die Chancen, die wir haben, nutzen.

kandidatenfrage entschieden hätten, als ein großes Signal der Geschlossenheit.

Der CSU-Vorsitzende bekräftigte, dass er sich auf die Auseinandersetzung in den nächsten Wochen und Monaten freue. Der Bundeskanzler, die SPD und die Grünen müssten begreifen, dass die Union ihren Wahlkampf mit Argumenten führen werde. Mit Klischees und Zeitungsanzeigen in Höhe von 600.000 Mark werde Rot-Grün der schwierigen Situation, in der sich Deutschland befinde, nicht gerecht. „Deshalb werden wir einen Kompetenzwettbewerb führen", unterstrich Edmund Stoiber. UID

ANGELA MERKEL:

Wir brauchen dringend **Impulse** für mehr Wachstum und Beschäftigung

Bislang sind Sie und Herr Stoiber als Wettbewerber zusammengetroffen. Die K-Frage ist jetzt geklärt. Hat sich etwas im persönlichen Umgang verändert?

Angela Merkel: Nein, man kann höchstens sagen, dass er noch unkomplizierter geworden ist. Stoiber ist kameradschaftlich, an der Sache orientiert. Er kann zuhören, ich kann zuhören, und wir wollen beide den Erfolg.

Die Union ist in Aufbruchstimmung, in den Umfragen liegen CDU/CSU vor der SPD.

Angela Merkel: Darin sehe ich zunächst etwas Positives. Erstmals schlägt die seit langem wahrnehmbare Schwäche der Regierung in eine Stärkung der Union um. Aber wir müssen nüchtern bleiben: Wir wissen, dass eine klare Wechselstimmung noch nicht erreicht ist. Das ist unsere nächste Aufgabe. Deshalb kommt der Stimmungsumschwung jetzt zur rechten Zeit. Strategisch haben wir die Aufgabe, diese Stimmung zu verfestigen. Wir müssen Schröder angreifen, wenn er schwach ist. Das gegenwärtig schlechte Meinungsklima für Schröder kann, aber es muss nicht bis September in dieser Schärfe anhalten. Außerdem haben jetzt einige ein Interesse daran, uns hoch zu schreiben, damit wir umso tiefer sinken, wenn auch wir vielleicht in schwerere See kommen. Es wäre falsch, überheblich zu werden. Aber die Gefahr ist weder bei Edmund Stoiber noch bei mir gegeben.

INTERVIEW DER FRANKFURTER ALLGEMEINEN SONNTAGS-ZEITUNG VOM 20. JANUAR MIT ANGELA MERKEL

Sie fügen jetzt die Mannschaft und die gemeinsame Programmatik zusammen. Wie viel CSU verkraftet die CDU?

Angela Merkel: Edmund Stoiber ist außerhalb Bayerns Kandidat der CDU. Und dort wird er nicht für die CSU, sondern für die CDU sprechen. Es wird keinen bayerisch eingefärbten Wahlkampf geben, sondern einen gesamtdeutschen. Dabei ist von Vorteil, dass die programmatischen Unterschiede zwischen CDU und CSU geradezu marginal sind. Außerdem haben wir die programmatische Erneuerung mit der Arbeit der gemeinsamen Fraktion verzahnt. Grundsätzlich gilt: Inhaltliche Frontlinien verlaufen in der Union nicht zwischen CDU und CSU, sondern zumeist innerhalb der CDU. Und das fordert dann die besondere Integrationsleistung der CDU-Vorsitzenden.

Wer hat denn bei strittigen Entscheidungen das letzte Wort – der Kanzlerkandidat?

Angela Merkel: Was die personellen Fragen anbelangt, liegt es in der Hoheit der CDU und ihrer Führung, über ihr Personal für die Wahlkampfmannschaft und möglicherweise für ein Kabinett zu entscheiden. Bei programmatischen Fragen ist es die Aufgabe von Edmund Stoiber und mir, einen Kompromiss zu finden. Dafür haben wir das politische Hauptquartier. Dort werden wir gleichberechtigt die politischen Prioritäten setzen und die inhaltlichen Weichenstellungen vornehmen. Die CDU wird dabei ihre inhaltlichen Akzente setzen.

Wenn im September ein Machtwechsel gelingen würde, was wären die ersten Maßnahmen?

Angela Merkel: Die korrekten Maßnahmen werden wir im politischen Hauptquartier beschließen. Aber es gibt für mich wichtige Punkte innerhalb eines 100-Tage-Programms: Wir werden den Teufelskreis von immer weiteren Steuererhöhungen durchbrechen. Es wird zum 1. Januar 2003 keine weitere Ökosteuererhöhung mehr geben, sondern es werden Steuern gesenkt. Das heißt, die Steuerreform – gerade für die mittelständischen Personengesellschaften – wird von 2005 auf 2003 vorgezogen. Außerdem werden wir bürokratische Regelungen – wie beispielsweise bei den 630-Mark-Jobs – wieder zurücknehmen.

Sie haben so viele Kampagnen gegen die Ökosteuer unternommen. Müssten Sie nicht insgesamt die Steuer deutlich reduzieren, wenn nicht sogar abschaffen?

Angela Merkel: Wir werden die Ökosteuer 2003 nicht weiter erhöhen. Aber es wird am Anfang nicht möglich sein, die Steuerreform vorzuziehen und gleichzeitig weitere Steuern zu senken. Wir müssen nüchtern sein und sollten den Menschen nicht – wie Gerhard Schröder – Dinge versprechen, die wir dann nicht einhalten können.

Würden Sie denn für das Vorziehen der Steuerreform eine höhere Neuverschuldung in Kauf nehmen?

Angela Merkel: Wirkungen von Steuerreformen sind schwer abzuschätzen. Man kann die Steuerreform durchaus im Rahmen haushaltspolitischer Stabilität vorziehen. Wir haben dafür einen Zeitrahmen: Unser Ziel bleibt – wie das von Eichel –, bis zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Innerhalb dieses Zeitrahmens kann man eine gewisse Unsicherheit in Kauf nehmen. Denn wir brauchen dringend eindeutige Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Im Moment ist die Union geschlossen. Wie wollen Sie den Lafontaine-Effekt vermeiden, dass nach der Wahl alte Konflikte aufbrechen?

Angela Merkel: Die Situation Lafontaine-Schröder unterscheidet sich von der Merkel-Stoiber dadurch, dass wir programmatisch überhaupt nicht unterschiedliche Flügel vertreten. Gerhard Schröder stand immer jenseits der eigenen Parteibeschlüsse, was ihm zunächst einen Mittelkurs erlaubt hat. Diese Aura hat er inzwischen verloren. Wirtschaftspolitisch und mit der Zustimmung zu einem rot-roten Bündnis in Berlin hat er mutwillig die Mitte freigegeben. Edmund Stoi-

ber und ich stehen hingegen programmatisch total in der Mitte der beiden Parteien. Deshalb sehe ich nicht die Gefahr des Aufbrechens von Konflikten nach der Bundestagswahl.

Könnten Sie sich einen Wechsel nach Sachsen vorstellen, um dort einer desolaten Landes-CDU zu helfen?

Angela Merkel: Das schließe ich aus. Meine Aufgabe liegt in der Bundespolitik. von dort werde ich auch, wenn dies gewünscht ist, den sächsischen Parteifreunden meine Hilfe anbieten.

Die Union hat in der Einwanderungsdebatte oft den Integrationsgedanken hervorgehoben. Jetzt hat das Bundesverfassungsgericht das Schächten von Tieren, wie es im Islam üblich ist, erlaubt. Wie bewerten Sie dieses Urteil?

Angela Merkel: Mir geht es als Politiker nicht um Richterschelte. Aber wir haben in der Politik mit den Auswirkungen zu tun. Ich halte dieses Urteil für außerordentlich problematisch. Wir haben erhebliche Spannungsfelder zwischen der Notwendigkeit der Integration und der Art und Weise, wie ausländische Bürger in unserem Land ihre Religion ausüben. Ich befürchte, dass mit diesem Urteil Integration nicht erleichtert, sondern erschwert wird, weil letztlich gewachsene Traditionen und akzeptierte Prinzipien unseres Staates zurückgedrängt werden und Gesetze eines Landes so weit gedehnt werden, dass sich unter ihrem Schirm religiöse Rituale und jede andere Lebensart entfalten können. Damit kann das gemeinsame Verständnis der Mehrheit, der zivilisatorische Konsens unserer Gesellschaft, in Frage gestellt werden. Es ist jetzt Aufgabe von Bundestag und Bundesregierung, die Maßstäbe der Integration von Ausländern festzulegen. UID

WWW.WAHLFAKTEN.DE

„Schnelle Eingreiftruppe"

... hat die Presse das Team im Konrad-Adenauer-Haus genannt, das im letzten Jahr zum ersten Mal in Deutschland mit einem Wahlkampfinstrument „Made in USA" operierte:

Schröders Rede auf dem Nürnberger SPD-Parteitag im November war kaum verklungen, als den Selbst-Lob-Hymnen des Kanzler auf einer speziell eingerichteten Webseite der CDU auch schon „Zug um Zug" der Boden entzogen war.

Beispiel:

„Bei Regierungsübernahme fanden wir eine Massenarbeitslosigkeit in Höhe von fast 5 Millionen vor." So damals Schröder.

FAKT: „Arbeitslosigkeit im Oktober 1998 3,892 Millionen mit seit Jahresbeginn fallender Tendenz."

Unter die Lupe genommen

Jetzt hat das „RapidResponseTeam" Schröders Erklärungen in der Talkshow „Berlin Mitte" unter die Lupe genommen. Wie wenig sie bei Berücksichtigung der **FAKT**en der Kritik standhalten, finden Sie wieder unter **www.wahlfakten.de** und in der Dokumentation dieser UiD-Ausgabe.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Bittere Blamage der demokratischen Institutionen

Es ist ein schlimmer Vorgang, dass die Behörden weder die parlamentarischen Gremien noch die oberste Gerichtsbarkeit rechtzeitig darüber informiert haben, dass einer der benannten Zeugen ein V-Mann war.

Dass die oberste Gerichtsbarkeit bloß telefonisch und dann nur von einem Abteilungsleiter des Bundesinnenministers über diese Panne informiert wurde, ist inakzeptabel.

Jetzt ist zu klären, wer hier die notwendigen Informationen zurückgehalten hat. Das Ergebnis ist jedenfalls eine bittere Blamage der demokratischen Institutionen gegenüber einer rechtsradikalen und wahrscheinlich verfassungsfeindlichen Partei.

Das dramatischste ist, das durch dieses Verhalten der zuständigen Ministerien der Propaganda der NPD Vorschub geleistet wird. Es wäre der Super-Gau, wenn durch die Fehler und Versäumnisse im Verantwortungsbereich des Bundesinnenministers und des nordrhein-westfälischen Innenministers das Verfahren scheitern und aus

diesen Gründen die NPD hoffähig gemacht würde.

Es wäre zudem ein denkwürdiger zeitlicher Zusammenfall, wenn die SPD durch die rot-rot Regierung in Berlin die PDS bundesweit stärkt und gleichzeitig durch politisches Fehlverhalten die NPD hoffähig macht.

Bundesinnenminister Otto Schily und den Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Fritz Behrens, fordere ich auf, reinen Tisch zu machen. Alle Fakten und Zusammenhänge, die zu dieser blamablen Affäre führten, müssen jetzt ans Tageslicht, um dem Rechtsstaat weiteren Schaden zu ersparen. Die Minister tragen hierfür die volle Verantwortung.

MEINUNGSAUSTAUSCH

CDU trifft **ZdK** in Berlin

Am 15. Januar haben sich die Präsidien der CDU und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zu einem Meinungsaustausch getroffen.

Das Gespräch wurde von Angela Merkel und vom Präsidenten des ZdK, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, geleitet. Im Mittelpunkt stand eine ausführliche Aussprache über Fragen der biomedizinischen Entwicklung und ihrer ethischen Bewertung.

Über die bioethische Debatte hinaus wurden Fragen der Sicherheits-, Zuwanderungs- und Familienpolitik sowie das Problem des konfessionellen Religionsunterrichts und die Initiative zur Vermeidung von Spätabtreibungen angesprochen.

KLAUS W. LIPPOLD:

Schlamperei im Künast-Ministerium immer noch nicht beseitigt

Anlässlich der verspäteten Reaktion des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft auf die Warnmeldung über verseuchtes Fischmehl aus den Niederlanden erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Bundesministerin Künast hatte nunmehr ein Jahr Zeit, ihr Ministerium auf Vordermann zu bringen und mehr Effizienz in die Kommunikationswege und -abläufe zu bringen. Dies ist ihr nicht gelungen. Stattdessen hat sie sich während ihrer gut einjährigen Amtszeit darauf beschränkt, mit vollmundigen Ankündigungen und werbewirksamen Kampagnen Front gegen die Bauern zu machen, aber für die Verbraucher wenig zu erreichen.

Nunmehr hat sich gezeigt: Frau Künast tut nicht nur wenig für die Verbraucher, sondern hat im Gegenteil dadurch, dass sie bei der Reorganisation ihres Ministeriums geschlampt hat, einen neuen Skandal im Verbraucherschutz heraufbeschworen.

Ihre Erklärungsversuche, mit denen sie die Verantwortung auf die Unterabteilungsleiterebene abschieben will, können Bundesministerin Künast indes nicht von ihrer politischen Verantwortung entbinden.

Die Versäumnisse bei der Weiterleitung des Benachrichtigungsschreibens aus den Niederlanden und bei der Information der niedersächsischen Behörden verleiten sie sogar zu der Spekulation, diese könnten die Bearbeitung des Vorganges absichtlich verzögert haben, um ihr zu schaden.

Schließlich ist es Frau Künast, die nicht in der Lage war, die Defizite in den Organisationsstrukturen in ihrem eigenen Hause zu beseitigen, obwohl diese bereits bei ihrem Amtsvorgänger bekannt waren.

H.-W. RONSÖHR:

Aus Fehlern **nichts gelernt**

Die Sondersitzung des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zum Bericht

K. Lippold

H.-W. Ronsöhr

der Bundesregierung am 18. Januar über ihren Umgang mit dem Fischmehl-Skandal hat klar gezeigt, dass Ministerin Künast aus den Fehlern ihres zurück getretenen Vorgängers sowie aus dem Wedel-Bericht absolut nichts gelernt hat.

Die Kommunikationswege im Ministerium sind noch undurchsichtiger geworden. Nachdem das am 27. Dezember im Ministerium eingegangene Schreiben aus den Niederlanden dann endlich am 8. Januar bearbeitet wurde, dauerte es nochmals 3 Tage, bis dann schließlich die Ministerin angeblich erst am 11. Januar informiert wurde. Es ist skandalös, dass nach der BSE-Krise die Bundesregierung immer noch nicht in der Lage ist, einen effektiven Verbraucherschutz zu gewährleisten. UD

NORBERT HAUSER UND WERNER LENSING:

Bundesregierung sollte Unionsvorschlag zur **Stiftung Bildungstest** folgen

> *„Es ist erfreulich, dass die Bundesregierung den CDU-Vorschlag aufgreift und eine 'Stiftung Bildungstest' einrichten will, die künftig als unabhängige Instanz Bildungstests initiieren wird."*
> ***Annette Schavan***

Zur Ankündigung von Bundesbildungsministerin Bulmahn, Weiterbildungsangebote durch die Stiftung Warentest prüfen zu lassen, erklärten der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für eine „Stiftung Bildungstest" und der Berichterstatter für Weiterbildung:

Erfreulich ist, dass die Bundesregierung endlich bereit ist, Weiterbildungsangebote überprüfen zu lassen. Bereits im vergangenen Jahr hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine eigenständige „Stiftung Bildungstest" vorgeschlagen (Bundestags-Drucksache 14/6437). Buhlmahns Vorschlag ist allerdings der falsche Weg und entgegen ihrer Ankündigung keine echte „Stiftung Bildungstest". Vielmehr sollen Weiterbildungsangebote vorerst in einer Abteilung der Stiftung Warentest geprüft werden.

Der Weg über die Stiftung Warentest wird dem Weiterbildungsmarkt jedoch nicht gerecht. Zurzeit gibt es etwa 35.000 Träger und rund 500.000 Kurse pro Jahr. In 2000 wurden 43 Mrd. Euro in Weiterbildung investiert. Damit Nutzer und Anbieter Profit aus der Qualitätsüberprüfung ziehen können, braucht man Spezialisten, die sich ausschließlich um die Weiterbildung kümmern. Bildungsangebote sind nicht ohne weiteres vergleichbar mit Waren oder Dienstleistungen. Daher hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine eigenständige „Stiftung Bildungstest" vorgeschlagen.

Die „Stiftung Bildungstest" der CDU/CSU hat folgende Ziele:

Sie soll insbesondere Weiterbildungsangebote bewerten und vergleichen sowie der breiten Öffentlichkeit unabhängige Informationen über Weiterbildungsangebote und ihre Qualität zur Verfügung stellen. Auf Antrag von Weiterbildungsträgern soll die Erteilung von Gütesiegeln möglich sein, wobei die Überprüfung unabhängig anhand von Kriterien erfolgen soll, die von der Stiftung Bildungstest festgelegt werden.

N. Hauser

W. Lensing

Als gemeinnützige Stiftung mit dem Auftrag, einen wachsenden Anteil ihrer Betriebskosten zu erwirtschaften, soll die „Stiftung Bildungstest" ihrerseits der Qualitätskontrolle durch den Markt als Nachfrager unterliegen. Lernen muss sich lohnen. Das Testurteil der „Stiftung Bildungstest" muss ein jedermann bekanntes Markenzeichen werden, das zur persönlichen Investition in Bildung ermutigt. UID

MARIA EICHHORN:

Rot-grüner **Anschlag** auf Artikel 6 Grundgesetz

Zum Vorhaben von Bundesfamilienministerin Christine Bergmann, das Ehegattensplitting zu kürzen, erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt die Kürzung des Ehegattensplittings ab, denn sie widerspricht dem durch Art. 6 GG geschützten Wesen der Ehe. Streichung oder Kappung des Splittings treffen in über 90 % der Fälle Familien mit Kindern. Betroffen wären vor allem die Familien, in denen ein Elternteil wegen der Kindererziehung die Berufstätigkeit einschränkt oder auf sie verzichtet.

Ehegattensplitting fördert Wahlfreiheit

Eine solche Maßnahme ist verfassungswidrig und diskriminiert die familiäre Erziehungsarbeit. Das Ehegattensplitting ermöglicht, dass sich ein Ehepartner ganz der Familie widmen kann. Es fördert und dient

der Wahlfreiheit und somit der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Kappung des Splittings würde vor allem alleinverdienende Eheleute und nicht oder nur teilweise erwerbstätige Ehepartner und somit vor allem Frauen benachteiligen.

Eine Kürzung des Splittings hätte zur Folge, dass der allein- oder überwiegend alleinverdienende Ehepartner zwangsweise höher besteuert wird. Die Wahlfreiheit zwischen Familien- und Erwerbsarbeit würde damit nicht nur eingeschränkt, sondern gerade auch die finanziellen Belastungen von Familien würden stark ansteigen.

Bei der steuerlichen Zusammenveranlagung werden die Einkünfte beiden Eheleuten gemeinsam zugerechnet. Damit wird die Gleichwertigkeit der Tätigkeiten beider Partner zum Ausdruck gebracht, unabhängig davon, ob es sich um unbezahlte Hausarbeit, Erziehungsarbeit oder Erwerbstätigkeit handelt.

Die Familienministerin unterstreicht mit ihrem Vorschlag die eingeschlagene Ideologie einer einseitigen Bevorzugung der berufstätigen gegenüber der nichtberufstätigen Frau.

Tropfen auf den heißen Stein

Der Umfang der durch die Einschränkungen des Ehegattensplitting freizusetzenden Mittel ist sehr begrenzt. Für einen Ausbau des Betreuungsangebots wäre daraus nicht mehr zu gewinnen als ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Die ständige Unterwanderung des besonderen Schutzgebotes des Staates für Ehe und Familie gemäß Art. 6 Grundgesetz findet in der vorgesehen Kappung des Ehegattensplittings ihre Fortsetzung. UID

PETER HINTZE, EUROPAPOLITISCHER SPRECHER DER CDU/CSU:

Blauer Brief aus Brüssel droht

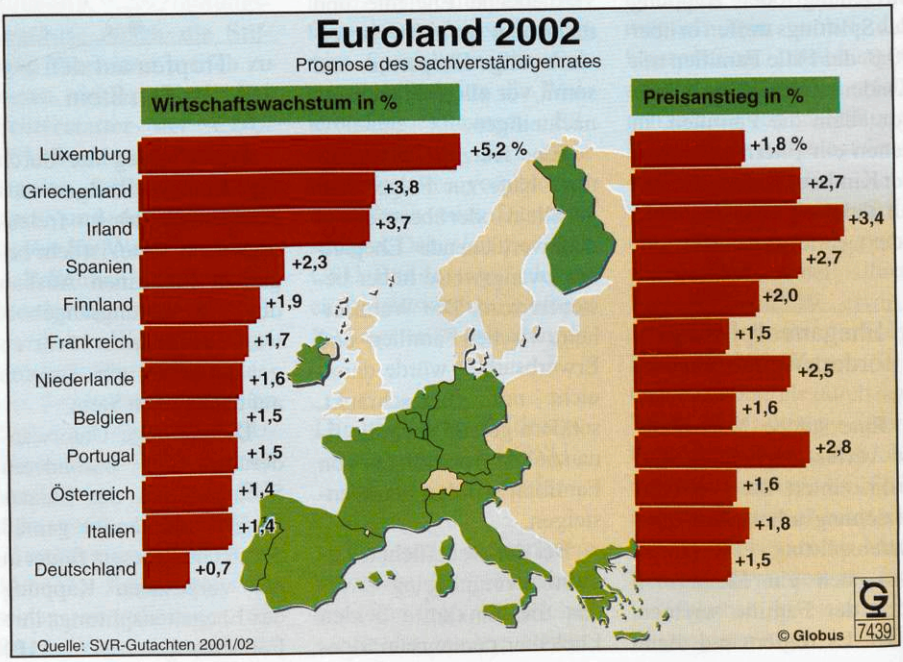
Der Ernst der wirtschaftlichen Lage in Deutschland wird dadurch deutlich, dass die EU-Kommission offensichtlich die Stabilität des Euro durch das Versagen des größten europäischen Mitgliedstaates gefährdet sieht.

Die gesamtstaatliche Verschuldung rückt gefährlich nahe an die Stabilitätsgrenze heran. Weder des Bundeskanzlers ruhige Hand noch des Bundesfinanzministers Beschwichtigungsformeln können darüber hinwegtäuschen. Wer hätte gedacht, dass in der Frage der Einhaltung der Stabilitätskriterien Deutschland eines der ersten Länder für eine mögliche Abmahnung sein würde.

ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ABWÄRTSENTWICKLUNGG IN DEUTSCHLAND

Der Grund für dieses Problem ist eine wirtschaftliche Entwicklung, die aufgrund einer verfehlten Steuer- und Finanzpolitik der rot-grünen Regierung zu einer gefährlichen Schwächung unserer Erfolgswirtschaft geführt hat. Die Warnung aus Brüssel sollte jetzt ernst genommen werden.

Deutschland braucht eine neue Politik, die an die alte wirtschaftliche Stärke anknüpft. Das sind wir unseren Bürgern und Bürgerinnen, allen Menschen schuldig, die sich in Europa auf den Euro und damit gerade auch auf Deutschland verlassen haben.



STELLENANGEBOTE in Anzeigen sind im letzten Jahr aufgrund der anhaltend schwachen Konjunkturentwicklung deutlich weniger geworden. Nach Auswertung der Offerten in 40 deutschen Tageszeitungen für 70 verschiedene Branchen ergab sich ein Schwund um 40 Prozent oder 212.050 offene Stellen. Elektronik- und Computerindustrie: ein Drittel Jobanzeigen weniger; IT-Dienstleister und Softwareunternehmen: um die Hälfte; Internetfirmen und Provider: sogar um 60 Prozent.

BESCHWERDE beim Bundesverfassungsgericht will der Verband alleinerziehender Mütter und Väter gegen die Kürzung des Haushaltsfreibetrags einlegen, die die Novellierung des Familienförderungsgesetzes vom 21. August 2001 zur Folge hat. Peggi Liebisch, Vorsitzende des Verbands mit rund 10.000 Mitgliedern: „Es wäre ein Skandal, wenn ausgerechnet die Ärmsten noch bestraft würden."

VERFASSUNSKLAGE gegen die Einsparungen bei den Beamtenpensionen prüft der Deutsche Beamtenbund (DBB). Vorsitzender Erhard Geyer: „Bei dem von der rot-grünen Koalition Ende November durchgesetzten Versorgungsänderungsgesetz sind die Beamten mangels Übergangsregelungen und Bestandsgarantien deutlich schlechter gestellt worden als Arbeiter und Angestellte der gesetzlichen Rentenversicherung." Die Bundesregierung habe dabei „nicht gebührend berücksichtigt", dass gerade die Beamten und Pensionäre bereits erhebliche Vorleistungen bei Einsparungen in den öffentlichen Haushalten erbracht haben.

AUF DIE HOHE KANTE legen die Deutschen seit drei Jahren deutlich weniger, als das sonst der Fall war. Von 619 Milliarden Euro auf 556 Milliarden sind in den Jahren 1998 bis 2001 die Spareinlagen gesunken. Grund dafür sind nach Meinung des Bundesverbands deutscher Banken die niedrigen Zinsen in einer Niedrigzinsphase, die nun schon so lange anhält wie noch nie zuvor.

DAS ABI-IMAGE wollen 80 Prozent der vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) befragten 1435 Professoren durch eine verbindliche Festlegung der fünf wichtigsten Abi-Fächer verbessern. Nur jeder zehnte von ihnen hält das derzeitige Abitur für einen sicheren Nachweis dafür, dass Schüler das nötige Rüstzeug fürs Studium mitbringen. Etwa genau so viele sind vom Gegenteil überzeugt.

UNBELIEBTER als je zuvor ist bei den Deutschen das Wagnis beruflicher Selbstständigkeit. Nur jeder zehnte Erwerbstätige ist derzeit selbstständig, während es in der 60er Jahren noch jeder fünfte war. Horst W. Opaschowski zum Ergebnis einer Studie des BAT-Forschungsinstituts, dessen Leiter er ist: „Es dominiert bei uns noch immer die Beamten- und Versorgungsmentalität."

ZU SENDEMASTEN für Mobilfunk werden in der Türkei immer mehr Minarette umfunktioniert. Jahresgebühr für eine entsprechende Erlaubnis: 4.500 Dollar (5129 Euro). Nach einer Vereinbarung zwischen dem Finanzministerium und der staatlichen Behörde für religiöse Angelegenheiten sollen die Einnahmen für Pflege und Restaurierung historischer Moscheen verwendet werden. In der Türkei gibt es mehr als 75.000 Moscheen und vier Mobilfunkbetreiber. UID

ANNETTE WIDMANN-MAUZ:

Ein Jahr Künast – Verbraucherschutz bleibt **Stückwerk**

Zum ersten Jahrestag des Amtsantritts von Frau Künast im Amt der Verbraucherschutzministerin erklärte die Verbraucherschutzbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nach einem Jahr Künast bleibt die Verbraucherschutzpolitik immer noch Stückwerk. Verbraucherschutzministerin Künast geht die Luft aus. Die Bilanz ist ernüchternd:

■ **Zu wenig Kompetenzen.** Verbraucherschutz ist eine politische Querschnittsaufgabe, die Ministerin hat zu wenig Kompetenzen in den Bereichen der Gesundheit, der Lebensmittelsicherheit und des Wettbewerbs – da helfen auch vollmundige Forderungen wie beim Streit um die Reform des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb nicht.

■ **Verbraucherinformationsgesetz lässt auf sich warten.** Beim groß angekündigten Verbraucherinformationsgesetz ist das Ministerium über Eckpunkte noch nicht hinausgekommen. Aber schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Ministerin wieder einmal überzogene und realitätsfremde Vorstellungen hat.

■ **Reorganisation der nachgeordneten Behörden darf nicht zu einer Innovationsbremse führen.** Die Umstrukturierung der Bundesbehörden durch Verteilung der Aufgaben auf das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) wurde verspätet in Angriff genommen. Ihre Funktionsfähigkeit bis zum Ende der Legislaturperiode ist nicht zu erwarten, denn es fehlt an Personal- und Sachmitteln. Außerdem bleibt die Effizienz des Informationsflusses abzuwarten.

■ **Ideologische Einflussnahme.** Statt Sachverstand setzt die Ministerin auf ideologische Einflussnahme: Man denke nur an den geschlossenen Rücktritt des Wissenschaftlichen Beirats ihres Ministeriums. Dieser erfolgte, weil die Ministerin frei werdende Posten selbst besetzen wollte.

■ **Ökosiegel verunsichert Verbraucher.** Das mit viel Pomp angekündigte Ökosiegel entpuppt sich als Papiertiger. Statt ein Mehr an Qualität im Nahrungsmittelbereich zu bieten, erfüllt es die niedrigeren EU-Anforderungen. Die vielen Verbraucher in Deutschland, die auf Produkte Wert legen, die auf ökologisch hohem deutschen Niveau hergestellt sind, werden hinters Licht geführt und die deutschen Produzenten benachteiligt.

■ **Agrarwende verunsichert Bauern.** Sogar in der von Künast vorangetriebenen Agrarwende glänzt Künast eher durch Realitätsferne als durch Sachverstand. Statt die ökologische

Produktionsweise sinnvoll zu fördern, treibt sie die kleinen und mittleren Betriebe an den Rande der Wirtschaftsfähigkeit, belastet die Länder mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand und verfärbt die Sachdiskussion durch das ideologisches Kriterium der Produktionsweise.

■ Bei der EU macht Künast keinen Stich. Hinsichtlich der EU versteht Künast abwechselnd, die deutschen Bauern zu verärgern und zu enttäuschen.

Mal erschwert sie die Innovationskraft der deutschen Landwirte durch über EU-Anforderungen hinausgehende Alleingänge, dann wieder konnte sie das deutsche Sicherheitsniveau bezüglich des Tiermehlverfütterungsverbotes und bei Fetten auf europäischer Ebene nicht durchsetzen. Beim Verbot von Antibiotika als Leistungsförderer bleibt sie hinter selbstgesteckten Zielen europaweit zurück.

Auch bei der Einfuhr von Fleisch und Lebensmitteln aus Drittländern hat sie für die Verbraucher keine Verbesserungen der Sicherstellung der Qualität und Unbedenklichkeit erreicht. So gibt es keine Kontrolle hinsichtlich der Tiermehlfreiheit von Fleisch aus zugelassenen Betrieben, in dessen Herkunftsland die Verfütterung von Tiermehl allgemein erlaubt ist.

■ Bei Grüner Gentechnik schizophren. Die Grüne Gentechnik ist für die Ministerin gar ein rotes Tuch. Während Ministerin Künast auf europäischer Ebene Vorschläge zur Grünen Gentechnik begrüßt, macht sie in Deutschland genau das Gegenteil. Indem sie die Erteilung der Genehmigungen für den Anbau geprüfter Sorten versagt, unterbindet sie auf diese Weise den Anschluss Deutschlands an den Stand der Forschung.

■ Gesundheitlicher Verbraucherschutz – Fehlanzeige. EU-Lärmschutzverordnung, Elektrosmog, Arzneimittelsicherheit – diese Worte sind fremd für die Ministerin. Weder hat sie sich bei der Umsetzung der EU-Lärmschutzverordnung, beim Thema Elektro-Smog oder beim Thema Lipobay eingeschaltet – zulasten der Gesundheit der Verbraucher.

■ Beratung bei den Dienstleistungen – ein Fremdwort. Bei der Euro-Einführung hat die Ministerin in ihrem Turm geschlummert.

Warnung vor Geschäftemachern, Aufklärung, Eingreifen wegen der Gefahr ansteigender Verbraucherpreise durch Preisabrundungen nach oben? Nichts. Auch zu Finanzdienstleistungen, Preissteigerungen bei Krankenkassen, Rentenversicherungen erfährt der Verbraucher keine Hilfe.

■ Bei BSE gibt Künast auf. Das Thema BSE lässt die Ministerin inzwischen schleifen, obwohl sie selbst einräumt, die Probleme nicht gelöst zu haben. Die Risikofaktoren Tiermehl und Tierfett sind in der Nahrungsmittelkette noch nicht ausgeschaltet. Viele offene Fragen bei Forschung und Testung lässt sie unbeantwortet im Raum stehen.

■ Bei MKS noch Glück gehabt. Auch bei der MKS hatte Künast mehr Glück als Verstand. Sie lehnte eine vorbeugende Impfung strikt ab. Die Ministerin sollte dafür dankbar sein, dass Deutschland im Gegensatz zu seinen Nachbarn von der Seuche verschont blieb.

12 Monate – 12 Enttäuschungen: Verbraucherschutz bleibt ein Schlagwort. UID

MINISTERPRÄSIDENT ERWIN TEUFEL:

Die Familien müssen **gestärkt** werden

Die baden-württembergische Landesregierung hat ein neues Konzept zur Weiterentwicklung von Kinderbetreuungseinrichtungen vorgelegt. „Wir wollen die Familien durch ein vielfältiges Betreuungsangebot für Kinder stärken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Unser Ziel ist, dass Baden-Württemberg ein kinderfreundliches Land bleibt", betonte Ministerpräsident Erwin Teufel.

Mütter und Väter sollten in eigener Verantwortung entscheiden, ob die Betreuung ihrer Kinder innerhalb oder außerhalb der Familie erfolgen soll. Deshalb wolle das Land Kinderbetreuungseinrichtungen so fördern, dass im Land bedarfsgerechte Angebote entstehen, die den besonderen Situationen sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum Rechnung tragen.

„Die Bereitstellung von Betreuungsangeboten ist eine originäre Aufgabe der Kommunen. Der Landesregierung ist ein umfassendes Betreuungskonzept jedoch so wichtig, dass sie die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen will," erklärte Ministerpräsident Erwin Teufel.

> *Wir wollen den unterschiedlichen Lebenssituationen der Mütter und Väter Rechnung tragen.*

Kinder bis drei Jahre

Für Kleinkinder von 0 - 3 Jahren sollen die bereits vorhandenen altersgemischten Gruppen ausgebaut und die Ganztagesgruppen an den Kindergärten für Kleinkinder unter 3 Jahren geöffnet und ausgebaut werden. Kinderkrippen und Tagesmütter sollen mit einer Pauschalförderung von 10 % der Betriebskosten erstmals in die Landesförderung aufgenommen werden. „Alle diese Angebote sind für die Landesregierung gleichrangig", so der Regierungschef. Die Kommunen sollen selbst entscheiden können, welche Angebote sie vorhalten wollen. Ihre Entscheidung soll sich am örtlichen Bedarf, also an der Nachfrage der Eltern orientieren.

Schulkinder

Für Schulkinder sollen die Angebote der verlässlichen Halbtagesgrundschule ausgebaut – und soweit entsprechender Bedarf vorhanden ist – die Betreuungszeit bis 13. 30 Uhr ausgedehnt werden. Dieses erweiterte Angebot fördert das Land wie bisher mit rund 50 % der Personalkosten. Zusätzliche flexible Angebote der Nachmittagsbetreuung sollen im Rahmen der Hortbetreuung angeboten und mit rund 30 % der Personalkosten gefördert werden.

Erstmalig wird das Land auch in die Förderung der kommunalen Betreuung bei den Ganztagshauptschulen mit einer Förderquote von 30 % der Personalkosten einsteigen, obwohl es sich auch hier um eine kommunale Aufgabe handelt.

Flexibles Gesamtkonzept

Mit den neuen Fördermöglichkeiten und den be-

reits bestehenden Fördermaßnahmen lege Baden-Württemberg ein umfassendes, richtungweisendes Kinderbetreuungskonzept vor, das vielfältige Betreuungsformen anbiete und alle Betreuungsformen in die Förderung einbeziehe. Erwin Teufel: „Wir wollen damit den unterschiedlichen Lebenssituationen der Mütter und Väter Rechnung tragen." Dafür werde das Land allein im Haushaltsjahr 2003 rund 30 Mio. DM (15 Mio.) zusätzlich zur Verfügung stellen." Dadurch werden zusätzlich rund 32.400 Betreuungsplätze und zusätzlich die Betreuungsplätze in Ganztagesschulen erstmals vom Land gefördert. Das Land erreiche damit einen Versorgungsgrad von 5,7 % für die Kleinkinder. Für den Bereich der Kindergartenkinder bestehe sogar eine Vollversorgung. Er sei sich darüber im Klaren, dass der Bedarf für die Kinderbetreuung steige und sich dadurch der Förderbetrag des Landes in den kommenden Jahren erhöhe, sagte der Ministerpräsident.

LANDESREGIERUNG LEGT KONZEPT „KINDERFREUNDLICHES BADEN-WÜRTTEMBERG" VOR UND STELLT ZUSÄTZLICH 30 MILLIONEN DM PRO JAHR FÜR TAGESMÜTTER, KINDER-KRIPPEN UND DIE BETREUUNG FÜR SCHULKINDER ZUR VERFÜGUNG.

Familienland

Ministerpräsident Erwin Teufel: „Schon im laufenden Jahr stellt das Land Haushaltsmittel von über 1 Mrd. Mark für Kinder bereit. Mit den zusätzlichen Betreuungsangeboten wird die Attraktivität des Familienlandes Baden-Württemberg weiter erhöht."

WOHNRAUMFÖRDERUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Mehr Landesmittel für sozialen **Wohnungsbau**

Die Koalitionsfraktionen haben sich darauf verständigt, im Rahmen der Beratungen des Doppelhaushalts 2002/2003 für den sozialen Wohnungsbau zusätzliche Landesmittel in Höhe von 8,778 Millionen Euro bereit zu stellen.

Die wirtschaftspolitischen Sprecher von CDU und FDP, Dietrich Birk und Jürgen Hofer: „Die Koalition zeigt damit Handlungsfähigkeit und setzt ein deutliches Zeichen für den Wohnungsbau in Baden-Württemberg."

Bundesmittel ergänzen

Hintergrund: Der Bund hat nach Jahren der Kürzung seiner Mittel für den sozialen Wohnungsbau mit dem Haushalt 2002 ein Sonderprogramm für Ballungsräume aufgelegt. Damit Baden-Württemberg diese Bundesmittel ausschöpfen kann, müssen sie in vollem Umfang mit Landesmitteln ergänzt werden. Eine rasche Reaktion war notwendig, weil sich nach Jahren der Entspannung auch in Baden-Württemberg die Situation auf dem Wohnungsmarkt besonders in den Ballungsräumen und Universitätsstädten wieder deutlich verschlechter hatte.

Die zusätzlichen Finanzmittel lassen schon in kurzer Zeit eine spürbare Entspannung beim sozialen Wohnunsbau erwarten.

CDA-FRAUEN

Familiengipfel zu Bildung und PID

Einen Familiengipfel hat die Arbeitsgemeinschaft berufstätiger Frauen im Rahmen ihrer Bundestagung in Königswinter durchgeführt. Die Frauenorganisation der CDU-Sozialausschüsse (CDA) diskutierte unter dem Motto „Erst die Familien, dann der Markt", wie eine familienfreundliche Gesellschaft entwickelt werden kann.

Neben dem Familiengeld von monatlich 600 Euro sei eine zentrale Botschaft die Verzahnung von Bildungs- und Familienpolitik.

Vorschulpflicht unabdingbar

Angelika Riedel, wieder gewählte Bundesvorsitzende aus Köln: „Die vernichtenden Ergebnisse der Pisa-Studie zeigen, dass schon im Vorschulalter die bisherige Kinderbetreuung durch Bildungsziele ergänzt werden müssen. Hierzu ist eine Vorschulpflicht unabdingbar. Zur Integration ausländischer Kinder soll die Erziehung zu unserer christlich-humanistischen Leitkultur und zu Sprachkompetenz besonderes Gewicht erhalten."

Soziale Themen wichtig nehmen

In seiner Rede forderte der CDA-Bundesvorsitzende, Hermann-Josef Arentz MdL, von der Union „die sozialen Themen genau so wichtig zu nehmen wie die wirtschaftlichen Fragen." Dies sei Edmund Stoiber in Bayern gelungen. Schröder habe „hier versagt".

Thema war auch die umstrittene Präimplantationsdiagnostik (PID). Angelika Riedel forderte die Bundesregierung auf, die PID bei „bereits festgestellten schweren Erbkrankheiten straffrei zuzulassen". Hier liege die Gewissensentscheidung alleine bei der betroffenen Frau.

CDU ESSEN

100 Prozent im Netz

Gleichzeitig mit den Vorbereitungen der Bundespartei rüsten sich auch die Gliederungen der CDU für den Wahlkampf 2002.

Im Kreisverband Essen ist am 21. Januar ein Mitgliedernetz gestartet worden. Ab 1. Februar wird jeder Ortsverband Essens mit einer eigenen Adresse im Netz vertreten sein. Alle 14 Tage wird es eine Internet-Zeitung geben, die auch per E-Mail verschickt wird und sich für die „übliche" Verteilung ausdrucken lässt. Schließlich sollen im Sinne eines „Internet-Radios" die wöchentlichen Sendungen von Radio Essen e.V., dem Bürgerfunkverein, der der CDU durch „Personalunion" nahe steht, für die WebSeiten genutzt werden.

Das erklärte Ziel der Bundes-CDU „Jeder Verband – LV, KV und OV – soll im Internet vertreten sein" hätte damit der Kreisverband Essen als einer der ersten erreicht.

http://

Weitere Einzelheiten unter: www. cdu-essen.de und www.mitglied. cdu-essen.de

HANS-GERT PÖTTERING:

Bobachter aus Beitrittsländern **schon vor** Europawahlen im Parlament

Die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament wird sich nachdrücklich dafür einsetzen, dass die Beitrittsländer zur Europäischen Union bereits nach Unterzeichnung der Beitrittsverträge - bis zu den Europawahlen 2004 - mit Beobachtern im Europäischen Parlament vertreten sein sollen. Dies hat der Fraktionsvorsitzende, Hans-Gert Pöttering, im Anschluss an eine Fraktionssitzung in Brüssel erklärt.

Pöttering erläuterte, dass nach dem Vorbild der Beobachter, die aus der früheren DDR zwischen 1991 und 1994 ins Europäische Parlament entsandt wurden, auch die Beitrittsländer jetzt durch Entsendung von nationalen Abgeordneten eine Möglichkeit erhalten sollen, die Arbeiten des Parlaments schon vor den Europawahlen kennen zu lernen. Diese Beobachter haben Rede-, aber kein Stimmrecht. Die EVP-ED-Fraktion werde sich ihrerseits bemühen, dass bereits nach der Sommerpause dieses Jahres erste Beobachter an den Arbeiten

der EVP-ED-Fraktion teilnehmen können.

Im Hinblick auf den ab März arbeitenden Konvent zur Vorbereitung der weiteren Reformen der Europäischen Union begrüßte Pöttering, dass die EVP-ED-Fraktion im Präsidium des Konvents durch den spanischen EVP-Abgeordneten Iñigo Mendez de Vigo vertreten sein werde. Die EVP-ED-Fraktion erhebe als mit Abstand größte Fraktion im Parlament auch den Anspruch, die sechzehnköpfige EP-Delegation im Konvent zu führen.

Pöttering vertrat die Ansicht, dass die Arbeiten im Konvent auch im Rahmen von Fraktionen organisiert werden sollen, damit die Meinungsbildung bis in die politischen Familien auf europäischer Ebene und in die Mitgliedstaaten hineingetragen werden könne. Gleichzeitig müssten nationale Abgeordnete und Europaabgeordnete möglichst geschlossene Positionen vertreten, da dies die beste Garantie sei, diese gegenüber den Regierungsvertretern durchzusetzen und so zu einer wirklichen Parlamentarisierung und Demokratisierung des Prozesses beizutragen.

Pöttering forderte die Regierungen auf, qualifizierte Vertreter in den Konvent zu entsenden, die für ihre Regierungen im Konvent sprechen und handeln können, um die notwendige Kohärenz zwischen dem Konvent und der anschließenden Regierungskonferenz zu gewährleisten. Durch die Arbeit der Regierungsvertreter im Konvent werde das Ergebnis des Konvents einen weitgehend bindenden Charakter auch für die Regierungen erhalten, so dass dann die Reform im Rahmen der sich an den Konvent anschließenden Regierungskonferenz sehr zügig abgeschlossen werden könne. UID

KOMBILOHN

Reförmchen

Die große Arbeitsmarkt-Offensive, lange angekündigt, mit Drohgebärden zustande gekommen, auf ein Mini-Reförmchen geschrumpft, soll übereilt unterstreichen, was schon 1998 das Motto war: Rot-Grün - die tun was! Das lässt zwei Rückschlüsse zu. Erstens: Schröder ist nervös, er stellt sich sogar schon als eingeheirateter Bayer heraus. Zweitens: Für zupackendes Handeln fehlt es an Zeit und Kraft. Sonst müssten die 325-Euro-Jobs ausgeweitet und attraktiver werden, Einstiegs-Gelder für Langzeitarbeitslose aufgebaut, der Kündigungsschutz für kleine Unternehmen gelockert, Arbeitslosen- und Sozialhilfe verzahnt werden.

Leipziger Volkszeitung

Minimalismus

Es ist die Rede von einem Hätte-müsste-wäre-Vorhaben. Hätte der Kanzler das Bündnis für Arbeit so ernst genommen, wie er es als Kandidat einst hoch und heilig versprach, dann stünde der amtierende Kanzler, der um eine Verlängerung zu kämpfen hat, nicht vor der Aufgabe, mit Kombilohn-Projekten dem Publikum suggerieren zu müssen, es dürfte nicht enttäuscht sein, er tue doch was. Was Rote und Grüne soeben beschlossen haben, kann eingedenk von offiziell knapp vier Millionen Erwerbslosen doch nur als politischer Minimalismus bezeichnet werden.

Frankfurter Rundschau

Augenwischerei

Mit seinem Versprechen, sich jederzeit am Stand der Arbeitslosigkeit messen zu lassen, ist Bundeskanzler Schröder in eine selbst gestellte Falle geraten. In den ersten Monaten des Wahljahres wird die Zahl der Arbeitslosen die Marke von vier Millionen überschreiten, und es ist vorerst nicht abzusehen, wann eine Besserung eintritt. Nimmt man die verdeckte Arbeitslosigkeit hinzu, dann sind sogar knapp sechs Millionen Menschen in Deutschland ohne regulären Arbeitsplatz. Vor diesem Hintergrund ist das jetzt beschlossene Kombilohn-Programm reine Augenwischerei. Ganz gleich, ob hier zwanzig- oder dreißigtausend subventionierte Stellen entstehen oder wie in dem von den Grünen propagierten Modell hunderttausend Arbeitsplätze, das Grundproblem der skandalös hohen Erwerbslosigkeit und des wachsenden Sockels von Langzeitarbeitslosen in der Bundesrepublik wird damit nicht gelöst.

Frankfurter Allgemeine

Bringt nichts

So viel ist jetzt schon sicher: Die Lohnzuschüsse für Geringqualifizierte, auf die sich die Berliner Koalitionäre in Windeseile verständigt haben, werden den Umschwung gewiss nicht bringen. Um das zu verstehen, muss man sich den Kranz von Institutionen aus

Tariflöhnen, Sozialhilfe und Arbeitsmarktpolitik vor Augen führen, innerhalb dessen Arbeitgeber und Arbeitskräfte tagtäglich entscheiden, ob sie Leute einstellen beziehungsweise ob sie eine angebotene Stelle auch tatsächlich annehmen.

Berliner Zeitung

EQUAL-GELDER

Korruption

Ein Referatsleiter im Arbeitsministerium geht gern tanzen. Seine Partnerin führt ein Unternehmen, das Arbeitslosen helfen soll. Genau für diesen Zweck hat die Europäische Union ein Programm aufgelegt, das sich „Equal" nennt. Und wer verteilt das „Equal"-Geld? Der Referatsleiter. Also kriegt seine Tanzpartnerin einen Milionenauftrag, ohne sich der lästigen Übung einer Ausschreibung unterziehen zu müssen. So geht die Geschichte, die nun aus Riesters Ministerium bekannt wurde. Ganz normale Korruption.

Der Tagesspiegel

Klärungsbedarf

Es gehört zum politischen Ritual, dass Rücktrittsforderungen laut werden, wenn im Amtsbereich eines Ministers Unregelmäßigkeiten entdeckt werden. Und es gehört zum Ritual, dass diese Forderungen umgehend als haltlos zurückgewiesen werden. Insoweit gehört die Debatte um Riesters Verantwortung für die Fehler bei der Abwicklung des EU-Beschäftigungsprogrammes Equal zur politischen Routine. Tatsächlich kann der Minister ja auch darauf verweisen, dass er bereits personelle Konsequenzen gezogen habe. Andererseits, es geht nicht um eine Kleinigkeit, sondern um insgesamt 514 Millionen Euro, auch wenn Riesters Sprecher versichert, dass kein Fördergeld durch die aufgedeckten Fehlleistungen gefährdet sei. Man wird sehen, und man darf auch gespannt sein, was der mit einer Sonderprüfung beauftragte Bundesrechnungshof herausfindet.

Stuttgarter Zeitung

MAUT

Gehorsam

Für Verkehrsminister Bodewig fängt das Wahljahr ungemütlich an. Wegen der Lastwagenmaut auf Autobahnen, die von 2003 an erhoben werden soll, steht ihm nicht nur der übliche Ärger mit der Opposition ins Haus. Die Länder – auch jene, in denen Sozialdemokraten regieren – drohen mit einer Blockade des Gesetzes im Bundesrat. Sie wollen nicht hinnehmen, dass Bodewig darauf verzichtet, die Einnahmen für die Sanierung der Verkehrswege zu sichern. Im Entwurf heißt es lapidar: „Das Mautaufkommen steht dem Bund zu." Die Länder interpretieren: Das Geld bekommt der mächtige Finanzminister, Bodewig hat mit seinen Formulierungen im vorauseilenden Gehorsam gegenüber Eichel gehandelt. Von einer Umstellung von der Steuer- auf eine Nutzerfinanzierung keine Rede mehr.

Frankfurter Allgemeine

Bestellung an: Bertelsmann Distribution GmbH
–IS-Versandzentrum–
Postfach 1162, 33759 Versmold
Fax: 0 54 23/4 15 21

Besteller und Rechnungsanschrift

Der Versand soll erfolgen
(bitte ankreuzen)
☐ Normalversand
☐ Eilzustellung
(Gegen gesonderte Berechnung)

am _____
(spätestens eintreffend)

Versandanschrift (falls nicht identisch)

CDU-Verbands-Nummer

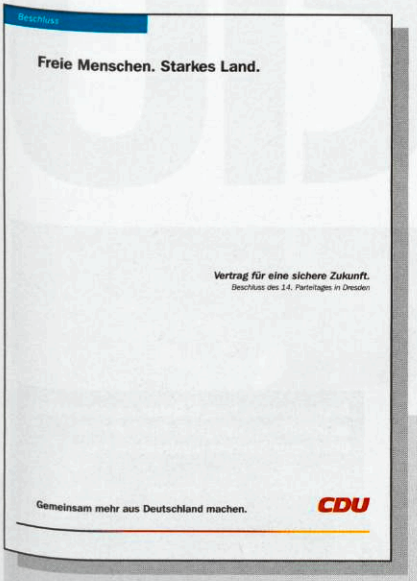
☎ **des Bestellers**

_____ / _____

Bestell-Nr.	Anzahl	Titel bzw. Artikelbezeichnung	Preis

Datum Unterschrift

Bitte mit Schreibmaschine oder in Blockschrift ausfüllen.

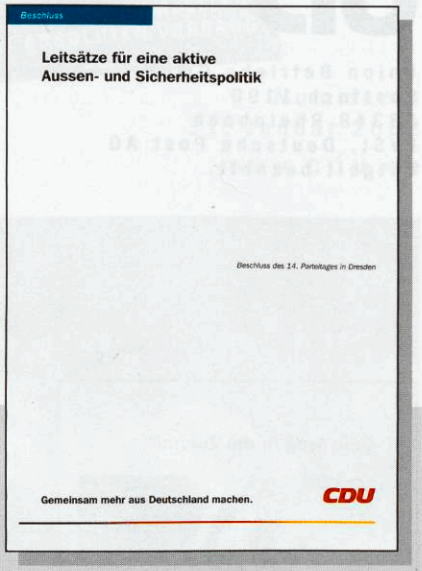

Beschluss

Freie Menschen. Starkes Land.

Vertrag für eine sichere Zukunft.
Beschluss des 14. Parteitages in Dresden

Gemeinsam mehr aus Deutschland machen.

CDU


Beschluss

Leitsätze für eine aktive
Aussen- und Sicherheitspolitik

Beschluss des 14. Parteitages in Dresden

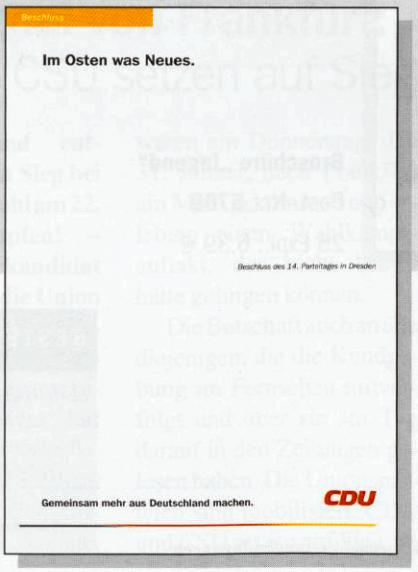
Gemeinsam mehr aus Deutschland machen.

CDU

Beschluss
„Freie Menschen. Starkes Land“

Best.-Nr.: **5794**

10 Expl.: 17,75 €


Beschluss

Im Osten was Neues.

Beschluss des 14. Parteitages in Dresden

Gemeinsam mehr aus Deutschland machen.

CDU

Beschluss
„Im Osten was Neues“

Best.-Nr.: **5796**

10 Expl.: 5,30 €

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Broschüre „Jugend“

Best.-Nr.: **5788**

25 Expl.: 6,39 €

Postkarte „Rot-Grüne Pille“

Best.-Nr.: **9786**

100 Expl.: 6,90 €

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen